



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3667. für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3666-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Wöchentl. 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 72 Pfennig Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtbau (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Aussätze 15 Pf.] Nr 525

Freitag, 6. November 1931

Abend-Ausgabe

Amerika für Stillhaltung

Privatschulden gleich Reparationen

NEW YORK, 6. NOVEMBER

Zwischen den Vertretern der New-Yorker Banken, die an dem Stillhalteabkommen für die Deutschland gewährten Kredite teilgenommen, haben Besprechungen stattgefunden, in denen sich Lebensentfaltung darüber ergab, daß die Kurzcredite für Deutschland in 40 w eiter e g w ä h r t werden müssen. Eine Umwandlung dieser Kurzcredite in Kredite mit fünf- oder zehnjähriger Laufzeit sei jedoch unzulässig.

Es herrsche weiter Lebensentfaltung darüber, daß gemäß dem Geiste des Young-Plans die Deutschland gewährten privaten Kurzcredite den Reparationsabzahlungen nicht anzurechnen dürften.

In Washington wird von unterschiedlicher Seite bestritten, daß Hoover dem französischen Ministerpräsidenten gegenüber ein Prioritätsrecht der Reparationen vor den Privatkreditern anerkannt habe. Man habe lediglich vereinbart, daß die Frage der internationalen Schulden angeht, die der Weltdepression einer Neuprüfung unterzogen werden solle und daß diesmal die Initiative von Europa kommen müsse, da ein erneutes Angebot eines größeren amerikanischen Opfers

weder vom Kongreß noch von der öffentlichen Meinung gebilligt werden würde. Erst wenn Europa sich geneigt habe und man den amerikanischen durch die Depression schwer getroffenen Steuerzahler zeigen könne, daß alle Schulden Amerikas ebenfalls Opfer bringen, werde eine Neuverteilung der alliierten Schulden auf der Basis der Zahlungsfähigkeit der einzelnen Staaten geprüft werden. Abwegig seien dabei auch die Parier Meldungen, daß Amerika den Alliierten den vollen Betrag dessen zu erlassen bereit sei, was sie von den deutschen Reparationen freisetzen. Diese Form der Regelung würde die Abwälzung des Gesamttopfers auf Amerika bedeuten und daher unzulässig sein. Was die Frage der deutschen kurzfristigen Kredite anlangt, so seien sich Hoover und Kaul bei ihren Unterhandlungen durchaus bewußt gewesen, daß der 29. Februar 1932, an dem das Stillhalteabkommen zu Ende geht, ein kritischer Tag sei, für den Besorgnis getroffen werden müsse. Hier werde man die weitere Gestaltung in Europa abwarten und darauf zurückblicken, daß V a n a l u n d B r i n i n g u n g einer Verständigung in diesen finanziellen Fragen kommen werden.

Argentinien wählt

Bericht der Vossischen Zeitung

Sonntag, den 8. November, finden in Argentinien Neuwahlen von einem noch nicht dagewesenen Umfang statt. Nach Unmöglicher Dauer der Diktatur-Regierung des General Urriburu, der Anfang September 1930 den Präsidenten Irigoyen stürzte, soll das Volk über die Neuensetzung der Präsidentschaft, wie auch über die Zusammensetzung des Nationalkongresses und der Provinzparlamente entscheiden.

Leitart text die mit Hilfe von ein paar Bataillonen und ein paar Tausend Gendarmerieeinheiten erobert mit einer Fülle öffentlich gemachter Verordnungen an. Wenn er dann nur wenig Zeit einlösen können, so lag das einmal daran, daß die Regierungserklärung, die er vorand, alle Kräfte beanspruchte, um in dem tiefen Sumpf zunächst einmal festen Grund zu finden, fernher daran, daß die Weltreise alle Berechnungen über den Saufen warf und auch Argentinien in die Depression stürzte, die sich am Besten durch den Befehl des Urriburu selbst zu bewahren. Immerhin ist die prozessierende Regierung Urriburu gelungen, die öffentlichen Ausgaben mit den Einnahmen einigermaßen in Einklang zu bringen, und zwar durch Sparmaßnahmen und Einnahmehöherungen, die vielfach nach dem Muster vorgegangen worden sind, und vor allen Dingen, die Verwaltung zu säubern. Der wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber hat die Regierung sich mehr passiv verhalten. Sie hat eine künstliche Inflation gebildet, durch die der Export der erweiterten Agrarprodukte Argentiniens soweit gelehrt werden konnte, daß die Handelsbilanz des Jahres wiederjährig ausgeglichen sein wird. Vor dem weiteren Abgleiten wurde der Bevo in letzter Zeit durch eine Devisenordnung, ebenfalls nach dem Muster, bewahrt. Er ist seit kurzer Zeit sogar wieder etwas gestiegen. Weltwirtschaftliche Messung in die Verminde rung der Ausfuhr der argentinischen Wollung im Lande selbst nur wenig bemerkbar, so daß Buenos Aires, früher eine der teuersten Städte der Welt, heute für Leute mit Reichsmaterialia gerade billig sein soll, obwohl die Einfuhrzölle wiederholt erhöht worden sind.

Die Wahlen des nächsten Sonntags werden sich reichliches Bild der wahren Volksstimmung geben und daher auch ein klares Ergebnis zeitigen. Das liegt daran, daß Urriburu einen tiefen Eingriff in die Verhältnisse selbst vorgenommen hat, die heftigsten Folgen haben kann. Urriburu's eigenes Streben war darauf gerichtet, die Regierungspartei Argentinien, die er stürzte, die Personalisten, d. h. die auf die Person Irigoyens eingeschworenen Radikalen, bereit vor dem ganzen Lande zu kompromittieren, daß ihre Wiederkehr zur Gewalt für die Wählererschaft unmöglich erscheinen mußte. Daher wurde Irgoyen und seinen Ministern der Staatsprozeß wegen Mißhandlung der Verfassung und Falschung finanzieller Mittel eröffnet gemacht. Das Verfahren schwebt noch. Es wurden in der Tat große Mißbräuche aufgedeckt, aber bisher ist der Prozeß doch nur bis zum Antrag des Staatsanwaltes auf zehn Jahre Unfähigkeit zur Forderung öffentlicher Ämter für den Expräsidenten und seine Minister und außerdem noch 2 Jahre Gefängnis für Irgoyen selbst — dem für seine eigene Person keine Unverhältnißhaft nachgewiesen werden kann — geblieben. Trotz aller Enthüllungen erhielten die Personalisten die Bestätigung, was die wahren Verhältnisse des Verhältnisses in der Person Urriburu's (die von der Bundesversammlung getrennt ist) im April des Jahres eine große Mehrheit, während die von der Regierung begünstigten Konföderation in der Minorität blieben. Aus diesem Ergebnis glaubte General Urriburu schließen zu sollen, daß die Volksstimmung noch nicht reif sei zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände. Die übrigen ausgedehnten Verordnungen werden annulliert und das System des Belagerungszustandes mit einigen Veränderungen wieder eingeführt.

Das Volk scheint inzwischen nicht reifer im Sinne Urriburu geworden zu sein. Als der Expräsident Dr. Alvear, der früher des mit Irgoyen nicht einverständigen Teiles der Radikalen, der sogenannten Antipersonalisten, nach langjähriger Aufenthalt in Europa, im Mai nach Argentinien zurückkehrte, wurde er zum Führer der gegnerischen Radikalen ernannt. Urriburu wurde zunächst dem Dr. Alvear unter dem Vorwand aus, damit er die Aufgaben für die Personalisten nur noch weiter verwickelt. Als dann Alvear offiziell zum Präsidentschaftskandidaten aufgestellt wurde,

Zunächst

keine Brotpreishöhung

Die entscheidende Antwort der Deffinitivität gegen eine neue Brotpreishöhung hat den Anfangserfolg gehabt. Die Organisation der Bäcker haben bisher ihre angeforderten Schritte beim Reichsernährungsminister noch nicht unternommen. Sie sind in dieser Jurisdiktion wohl auch dadurch behindert worden, daß die Großbäckereien und die Konsumgenossenschaft entschlossen sind, solange es irgend geht, die alten Preise einzuhalten. Für die nächsten acht Tage wollen sie unter keinen Umständen den Brotpreis erhöhen. Wenn allerdings die Vorräte weniger reichlich werden, so werden auch sie bei den augenblicklich geltenden Preisen nicht bleiben können.

Die Generale der Bauernvereine hat an die Regierung das dringende Ersuchen gerichtet, alle Maßnahmen zu treffen, um für eine ausreichende Versorgung des Marktes mit Brotgetreide zu sorgen und gegen ein etwaiges Zurückfallen der Bestände vorzugehen. Die gesamte Weizenbauerschaft könne kein Verhältnis aufbringen, daß das wichtigste Nahrungsmittel entgegen dem Willen der Regierung weiter verteuert werde.

Produktionskosten und Kreditpolitik

Neue Ausschüsse des Wirtschaftsbeirats

Unter Vorsitz des Reichsfinanziers Brüning und unter Beteiligung des Reichsbankpräsidenten Dr. Lutzner besteht sich getrennt das Reichsamt mit der Vorbereitung der weiteren Beratungen des Wirtschaftsbeirats.

Da die Arbeiten des zunächst allein eingesetzten Ausschusses für die Stillhaltungsmaßnahmen inzwischen bereits zu Ende geführt werden konnten, wurde beschlossen, zwei weitere Ausschüsse zu bilden. Den ersten Ausschuss für Produktionskosten und Preise leitete Reichsfinanzier Dr. Brüning oder Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald.

Dem zweiten Ausschuss für Kredit und Zins wird Reichsfinanzminister Dietrich oder Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold vorsetzen.

Sämtliche Mitglieder des Wirtschaftsbeirats sind gleichmäßig auf diese beiden Ausschüsse verteilt worden.

Die Ausschüsse werden Dienstag in der Reichskanzlei zusammenzutreten. Es ist in Aussicht genommen, zur Beratung wichtiger Eingelagter Sachverhalte die nächsten, die ersten Sitzungen werden der Feststellung des genauen Arbeitsprogramms dienen, dem Zeitliche der Reichsregierung zugrundeliegen werden.

Der Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes Dr. Zahn hat wegen Krankheit gebeten, ihn von der Tätigkeit im

Wirtschaftsbeirat zu entbinden. Der Reichspräsident hat diesem Ersuchen entsprochen und an Stelle des Dr. Zahn den Geschäftsführer des Gesamtverbandes deutscher Angestellten-Gewerkschaften W e g e w a l d in den Wirtschaftsbeirat berufen.

Schwerer Kampf am Rommi-Fluß

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 6. NOVEMBER

Am Vortage des Rommi, 50 km. südlich von Angkor, sind die Eisenbahnstrecke Zoonan-Sittir, deren die Kämpfe von 600 Japanern gegen 5000 Chinesen an.

Schiffliche Truppen hatten die Eisenbahnstrecke über den Rommi-Fluß durch Artilleriefeuer gesichert. Gegen den einseitigen Einbruch waren darauf japanische Truppen nach Norden vorgeschoben und hatten einen Vortageposten nördlich des Rommi-Flusses besetzt, um die Wiederherstellungsarbeiten zu sichern. Da diese Eisenbahnlinie von erheblicher strategischer Bedeutung ist, leitete die Japaner heftigen Widerstand gegen die chinesische Übermacht.

Amerikanische Wahrung an Japan

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 6. NOVEMBER

Wenige Stunden nach dem Eingang der diplomatischen Post aus Washington überreichte der amerikanische Botschafter Forbes dem japanischen Außenminister Shiobara eine Note mit folgenden Forderungen: Die japanische Regierung ist aufgefordert, die manövrierfähige Frage, deren wird die japanische Regierung informiert, daß sich die Vereinigten Staaten mit der Entschloßung des Weltbankrats zum manövrierfähigen Konflikt identifizieren. Eine Veröffentlichung der Note wird nicht erfolgen.

Oesterreichs Garnisonen alarmiert

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 6. NOVEMBER

Infolge der Alarmierung über Vorbereitung der Belagerung zu einem neuen Schritt hat die Regierung, wie die Arbeiterzeitung meldet, die Garnisonen in Marmarabund verlegt. Ein wesentlicher Teil der Truppen muß fests in den Balkenen, vor allem abends, zur Verfügung stehen. Die Arbeiterzeitung behauptet, daß damit aber auch die Gegenmaßnahmen der Regierung erschöpft seien und daß sie nichts gegen die ganz öffentliche Vorbereitung der Belagerung in Sternmarkt unternähme.